

TAFEL



AMBERG



Tafelbrief Nr.35

Liebe Freunde der Amberger Tafel,

Aus aktuellem Anlass wegen der Diskussion um die Höhe des Bürgergeldes einige Anmerkungen dazu:

Sozialverbände:

Für ein menschenwürdiges Existenzminimum –gegen Kürzungen beim Bürgergeld!

Die Debatte um Kürzungen im Sozialbereich des Bundeshaushaltes 2024 muss sofort beendet werden!

Wer die Erhöhung des Bürgergeldes im kommenden Jahr infrage stellt, will offensichtlich Verfassungsbruch begehen. Denn die Sicherung des Existenzminimums durch das Bürgergeld hat Verfassungsrang. Die Anhebung des Bürgergeldes ist für Millionen von Menschen von existenzieller Bedeutung, um die Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie halbwegs abfedern zu können.

Wer die Erhöhung mit Verweis auf das Lohnabstandsgebot kritisiert, spielt Geringverdienende gegen Transfer-Berechtigte aus. Das spaltet unsere Gesellschaft. Die Gegner der Bürgergeld-Erhöhung wollen damit den Lohndruck auf unsere Einkommensgruppen verschärfen und den Niedriglohnsektor zementieren. Sie verbreiten zudem Fake-News, denn wer arbeitet, bekommt hierzulande immer mehr Geld als Bürgergeld-Empfänger*innen.

Die Behauptung, dass viele lieber Bürgergeld beziehen als zu arbeiten, ist purer Populismus und stigmatisiert Bürgergeld-Bezieher*innen. Wahr ist: Von den über 5,5 Millionen Menschen, die Bürgergeld erhalten, stehen knapp 4 Millionen dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung: wegen ihres Alters (unter 15 Jahren), ihrer Gesundheit, der Pflege von Angehörigen oder weil sie bereits in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind. Fast 800.000 Menschen verdienen außerdem so wenig, dass sie ergänzend Bürgergeld benötigen, um ihr Existenzminimum halbwegs zu sichern. Wer wirklich „Anreize für Arbeit“ verbessern möchte, der muss die Tarifbindung stärken und den Mindestlohn deutlich anheben.

In diesen kritischen Zeiten der Verunsicherung und Polarisierung braucht es einen starken und verlässlichen Sozialstaat, der Lebensrisiken angemessen absichert und Menschen dabei unterstützt, auf eigenen Beinen zu stehen, und sie nicht abwertet. Dazu gehört ein höherer Regelsatz, die Stärkung der sozialen Sicherung und mehr Zukunftsinvestitionen in Arbeit, Umwelt und Bildung

Der FDP ist das Bürgergeld zu hoch

Nach der Debatte um schärfere Sanktionen für Arbeitsverweigerer rüttelt die FDP nun an der Höhe des Bürgergelds für alle Empfänger. Fraktionschef Dürr spricht sich für eine Senkung um bis zu 20 Euro aus.

Die Kritik am Bürgergeld reißt nicht ab, was auch daran liegt, dass die Ampelkoalition fieberhaft auf der Suche nach Milliarden ist, um die Haushaltslücke für 2025 verfassungskonform zu schließen. Alleinstehende Bürgergeldempfänger bekommen aktuell 563 Euro im Monat. Zuviel findet Christian Dürr. Das würde sowohl die Steuerzahler um bis zu 850 Millionen entlasten und auch die Arbeitsanreize erhöhen.

Diskussion über Gerechtigkeit

Der Staat kann das Bürgergeld nicht beliebig kürzen. Es soll denjenigen ein menschenwürdiges Existenzminimum sichern, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen decken können. Neben der Debatte um die Höhe des Bürgergelds gab es zuletzt auch eine Diskussion um den Umgang mit Arbeitsverweigerern. Also Menschen, die Unterstützung vom Staat bekommen und sich zugleich aber nicht um einen Job bemühen. Verfolgte man die diese Debatte in den vergangenen Wochen, konnte man leicht annehmen, es handele sich um den Großteil der Bürgergeld-Beziehenden. Dem ist nicht so. Nach Zahlen der Arbeitsagentur handelt es sich um rund 16.000 Menschen.

Neue Bürgergeld-Verschärfungen: Darauf müssen sich Empfänger und Empfängerinnen einstellen

In dem Beschluss hat die Ampel festgelegt, dass ab sofort eine tägliche Pendelzeit zur Arbeit von 2,5 Stunden bei einer Arbeitszeit von bis zu sechs Stunden zumutbar sein soll. Wer länger als sechs Stunden arbeitet, soll sogar bis zu drei Stunden pendeln, berichtet die *Tagesschau*

Zudem wurde eine einheitliche Sanktionshöhe bei Verweigerung zumutbarer Arbeit beschlossen. In solchen Fällen ist eine Kürzung von 30 Prozent für drei Monate zulässig. Totalverweigerern könnte das Bürgergeld für maximal zwei Monate auch komplett gestrichen werden. Außerdem sollen die Regelungen für das Schonvermögen verschärft werden. Bisher müssen die Jobcenter im ersten Jahr des Bürgergeldbezugs nur erhebliches Vermögen berücksichtigen. Dieser Zeitraum soll auf sechs Monate verkürzt werden. Durch die Verschärfungen möchte die Regierung insgesamt 150 Millionen Euro sparen.

Kritik wegen Zuzahlungen trotz Bürgergeld (Amberger Zeitung vom 12.08.2024)

Hunderttausende Bürgergeld-Empfänger müsse bei Miete und Heizkosten draufzahlen. Weil ihre Wohnung nicht als angemessen gilt. Im vergangenen Jahr betraf das rund jeden neunten Haushalt mit Bürgergeld. Im Schnitt mussten sie jeden Monat 103 Euro aus der eigenen Tasche finanzieren. Eigentlich sollen Wohnkosten, also Miete und Heizkosten vom Staat übernommen werden. Das gilt aber nur, wenn sie als angemessen bewertet werden. Wer in einer zu großen Wohnung lebt, wird aufgefordert umzuziehen oder zum Beispiel ein Zimmer unterzuvermieten. Sozialverbände kritisieren seit langem, dass die festgelegten Mietgrenzen vielerorts unrealistisch seien. Oft hätte Betroffenen keine Chance, eine günstigere Wohnung zu finden. Sie müssten dadurch immer höhere Beträge zu zahlen -und das Geld fehle dann für Lebensmittel, Kleidung und Bildung. Im vergangenen Jahr bekamen fast 320.000 Bürgergeld-Haushalte nicht die kompletten Wohnkosten erstattet. Bei der Miete mussten sie im Schnitt rund 111 Euro zuzahlen. Besonders viel mussten Haushalte mit Kindern drauflegen – im Schnitt rund 124 Euro jeden Monat.

Aktuelles von der Tafel

Mit Stand Ende 2023 sind 1132 Haushalte mit 1700 Erwachsenen und 1100 Kinder bei der Tafel registriert. Dies bedeutet keine Veränderung gegenüber Vorjahr. Die Anzahl ukrainische Haushalte sind gegenüber Vorjahr um 10% auf 505 Haushalte gesunken, Flüchtlinge aus Syrien und Iran gestiegen.

Wie bekannt stehen wir vor der großen Herausforderung mit einem größeren Mangel an Lebensmitteln. Dank vieler Spender konnten wir zusätzlich Lebensmittel beschaffen, ein Aufnahmestopp wie bei über 40% der Tafeln in Deutschland konnte verhindert werden.

Spenden sinnvoll genutzt: Amberger Tafel feiert Fertigstellung des Dreifach-Garagenneubaus mit Photovoltaikanlage

Die Amberger Tafel freut sich über die Fertigstellung des neuen Dreifach-Garageneubaus in der Sulzbacher Straße 15a. Dank großzügiger Spenden konnte die Tafel eine Doppelgarage sowie eine Photovoltaikanlage finanzieren. Die 10,5 Kw Photovoltaikanlage, die seit einem Monat in Betrieb ist, hat bereits 1.500 Kwh Strom erzeugt und wird voraussichtlich 50 % des jährlichen Strombedarfs der Tafel decken. Besonders hervorzuheben ist die großzügige Unterstützung einer Unternehmerfamilie aus dem Landkreis Amberg-Sulzbach. Der Neubau, ein mit Aluminium verkleideter Holzbau, bietet nun auch Licht und Stromanschlüsse – ein großer Fortschritt im Vergleich zum maroden Vorgängerbau. Diese Verbesserungen waren dringend erforderlich, um die logistischen Herausforderungen der Tafel, die 400 Kunden versorgt, zu bewältigen. Auch der Malteser Hilfsdienst profitiert von der Baumaßnahme. Die Amberger Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat die Kosten für den dritten Teil der Garage übernommen und vermietet ihn an die Malteser.



Bild von links: Carsten-Armin Jakimowitz (Malteser), Werner Pettinger (Wirtschaftsförderung), Jürgen Stauber und Bernhard Saurenbach (Amberger Tafel)

Ebermannsdorf am 13.08.2024 (gf) Amberger Tafel erhält Mercedes-Benz Sprinter

Knapp über 50% des Verkaufspreises von fast 70000 Euro übernimmt Mercedes Benz bei der Anschaffung eines neuen Mercedes Benz Sprinters für die Amberger Tafel, die andere Hälfte tragen die Lions-Clubs Amberg, Amberg-Sulzbach und Sulzbach-Rosenberg, die Lidl-Pfandspenden und weitere Privatspender.

Bei der Übergabe des „Mercedes-Benz Sprinter Kühlkoffer“ in der Mercedes-Niederlassung in Schafhof hob Niederlassungsleiter Michael Donhauser hervor, dass sein Unternehmen als Hauptsponsor der deutschen Tafeln in den letzten 25 Jahren fast 1300 Transporter zu äußerst günstigen Konditionen den Tafeln überlassen habe. Bernhard Saurenbach, Vorsitzender der Amberger Tafel meinte, unsere Transporter sind im Jahr gut 50000 Kilometer unterwegs, um in rund 80 Lebensmittelmärkten in Amberg und dem Landkreis Amberg-Sulzbach Lebensmittelspenden abzuholen. Erst kürzlich sei ein neues Zentrallager der Tafeln in Nürnberg eröffnet worden. Zur Lidl-Pfandspendenaktion erklärte Saurenbach, dass Kunden bei Pfandrückgabe sich den Bon ausdrucken lassen können oder sie spenden per Knopfdruck ihr Pfand für die Tafeln und da kommen jährlich rund zwei Millionen Euro zusammen, in 16 Jahren, seit Lidl mit den Tafeln kooperiere, seien den Tafeln schon über 31 Millionen Euro zugeflossen.



Foto: Niederlassungsleiter Michael Donhauser übereicht den überdimensionalen Fahrzeugschlüssel an den Tafel-Vorsitzenden Bernhard Saurenbach. Unser Bild zeigt (v.l.n.r.) Nutzfahrzeuge-Verkaufsleiter Thomas Kolleth, Betriebsleiter Daniel Steiner, Niederlassungsleiter Michael Donhauser, Bernhard Saurenbach, Tafel-Mitarbeiter Hermann Pirzer, Michael Hemrich und Christine Arnold (Lions Amberg-Sulzbach, Werner Dürchner (Lions Sulzbach-Rosenberg sowie Armin Müller und Helmut Weigl (Lions Amberg).

(gf)

Liebe Freunde der Amberger Tafel,

ich bedanke mich bei Ihnen für die Unterstützung und wünsche Ihnen und der Familie alles Gute. Bleiben Sie gesund

Ihr Bernhard Saurenbach